

Schwaz denken

Es wird viel gebaut in Schwaz. Das größte Projekt ist ein neues Einkaufszentrum mit Stadtsaal. Korrekterweise müsste man sagen, es wird nicht *in* der Stadt gebaut sondern *an* der Stadt. Bauvorhaben dieser Dimension gestalten und verändern ja den Charakter einer Stadt und haben starken Einfluss auf die Lebens- und Arbeitsverhältnisse.

Will man die Tiefenstruktur einer Stadt verstehen, so lohnt es sich, einen Blick auf die Planungskultur zu werfen, d.h. zu schauen, wie die Entscheidungsprozesse ablaufen, an deren Ende dann Projekte dieser Dimension stehen.

Im Wesentlichen lassen sich beim Projekt „Einkaufszentrum“ zwei Ebenen der Entscheidungsfindung ausmachen:

- Einerseits die ökonomische Ebene, mit Investoren, mit Nutzen-Kosten-Rechnungen und Renditeüberlegungen. Steuerungsmedium ist hier der Markt und die Logik, mit möglichst geringen Kosten möglichst hohe Erträge zu erwirtschaften.
- Andererseits die Ebene der Politik, mit Abstimmungen im Gemeinderat als Ort der politischen Willensbildung. Steuerungselement sind hier die im Sechsjahresrhythmus stattfindenden Wahlen. In der Zeit zwischen den Wahlen kommt den Medien eine immer stärkere Rolle als Steuerungselement für die Politik zu. Hier kann man fast von einer Rollenumkehr sprechen.

Ursprünglich war die Aufgabe der Medien, die Politik zu beobachten, damit die Staatsbürger informiert werden und sich eine vernünftige Meinung über die Politik bilden können. Heute beobachten die politischen Akteure das Mediensystem und orientieren ihr Handeln daran, in den Medien häufig und attraktiv präsent zu sein. Ereignismanagement und Darstellungseffekte, für die es natürlich dann auch die entsprechenden Räume und Kulissen braucht, treten dabei in den Vordergrund.

Auffallend ist nun, dass beim Thema „Einkaufszentrum“ der Entscheidungsprozess nur entlang der ökonomischen und der politischen Ebenen geführt wurde. Eine heute immer wichtiger werdende dritte Ebene – das ist die Zivilgesellschaft – wurde in den konkreten Entscheidungsprozess nicht eingebunden. Engagierte Bürgerinnen und Bürger haben sich zwar über eine ausführliche Internetseite artikuliert und es gab mit den Verantwortlichen einige Gespräche, die hatten aber eher den Charakter von huldvoll gewährten Audienzen. Eine aktive Beteiligung und eine Diskussion auf Augenhöhe gab es nicht.

Zivilgesellschaft meint hier die Sphäre der mündigen Bürgerinnen und Bürger, die im öffentlichen Diskurs diejenigen Dinge, die die Gemeinschaft betreffen, gemeinsam

erörtern. Es können Initiativen, Vereine, NGOs aber auch engagierte Einzelpersonen oder Fachleute sein. Dabei geht es nicht um ein parteipolitisches Kalkül, sondern um ganz bestimmte Projekte, bei denen eine aufgeklärte Öffentlichkeit mitreden will. Österreich mit seiner josephinischen Tradition und seiner „Aufklärung von oben“ tut sich hier auch aus historischen Gründen etwas schwer. Dazu kommt noch die gesellschaftliche Dominanz der politischen Parteien und der Korporatismus mit seinen Kammern und Verbänden, die zwar viel Stabilität gebracht haben, aber dafür die Bürgergesellschaft unterentwickelt ließen.

Um gleich vorweg ein mögliches Missverständnis auszuräumen: Verlautbarungen durch Pressekonferenzen, PR-Broschüren, Inserate und Informationsveranstaltungen, die meist stark ritualisiert ablaufen, kann man nicht als Bürgerbeteiligung bezeichnen. Die Medien unterliegen in ihrer Arbeit einer eigenen Logik, die sich stark von einer Problemlösungs- und Sachlogik unterscheidet.

Gelingende Beteiligung braucht tragfähige Strukturen und Abläufe, Transparenz und Offenheit was die Informationsbeschaffung betrifft und Klarheit über Rechte und Pflichten der Beteiligten. Dabei darf die Anschlussfähigkeit an Ökonomie und Politik natürlich nicht verlorengehen.

Um das sicherzustellen, gibt es die unterschiedlichsten Methoden, von der Agenda-Konferenz über den Runden Tisch bis zur Zukunftswerkstatt. Welche Methode in der jeweiligen Situation sinnvoll ist, hängt unter anderem vom Thema, von der Teilnehmerzahl, von der zur Verfügung stehenden Zeit und von der „Beteiligungstiefe“ ab. Leider wurden die Potentiale, die solche Methoden haben, im konkreten Fall nicht genutzt und es gab keine zufriedenstellende Einbeziehung derjenigen Menschen, für die entwickelt, geplant und gebaut wird und die die positiven oder negativen Auswirkungen des Projektes zu spüren bekommen.

Normalerweise schreibt die Behörde bei Projekten dieser Größenordnung eine Umweltverträglichkeitsprüfung vor. Dabei haben Bürgerinitiativen Parteistellung. In diesem Fall wurde das durch findige Gestaltung der Rahmenbedingungen – man könnte auch trickreich sagen – verhindert. Das Genehmigungsverfahren und damit die Wahrnehmung der öffentlichen Interessen konnten so ohne echte Beteiligung der Schwazer Bevölkerung und ohne Transparenz über die Bühne gehen.

Für die Zukunft wäre der Stadt Schwaz zu wünschen, dass bei Projekten, die in diesem Ausmaß Auswirkungen auf den öffentlichen Raum und auf öffentliche Güter haben, die Zivilgesellschaft in den Entscheidungsprozess auf professionelle Art und Weise

eingebunden wird. Durch eine zivilgesellschaftlich ausgerichtete Politik würde der Gemeinderat ja nicht entwertet werden. Es entstünde ein neues Miteinander von repräsentativer und direkter Demokratie mit innovativen und intelligenten Verfahren der Entscheidungsvorbereitung und -findung.

Die österreichische Bundesregierung hat am 2. Juli 2008 ein Dokument beschlossen, in dem Beteiligungsprozesse nachdrücklich empfohlen und diesbezügliche Standards festgelegt wurden. Was den Nutzen solcher Verfahren betrifft, heißt es dort u.a.:

- Öffentlichkeitsbeteiligung hilft, das Vertrauensverhältnis zwischen Politik, Verwaltung sowie Betroffenen und Beteiligten zu stärken und eine breitere Entscheidungsgrundlage für politische und administrative Entscheidungen herzustellen
- Öffentlichkeitsbeteiligung weckt das Interesse an politischer Teilhabe und fördert eine lebendige Demokratie. Betroffene übernehmen im Laufe eines Beteiligungsverfahrens Verantwortung.
- Öffentlichkeitsbeteiligung bringt innovative Lösungen, da alle Beteiligten ihr Wissen, ihre praktischen Erfahrungen und ihre Kreativität einbringen. Sie helfen mit, Projekte in die gesellschaftliche Realität einzupassen und stellen eine wichtige Ressource dar. Eine Zusammenschau vieler Wahrnehmungen liefert ein adäquateres Bild der Wirklichkeit.

Das sind nur einige Punkte, die für Bürgerbeteiligung sprechen. Auch unter dem Gesichtspunkt der Kostenminimierung und Nutzenoptimierung hat sich gezeigt, dass professionell durchgeführte Beteiligungsverfahren helfen, später notwendige (meist sehr teure) Nachbesserungen/Umplanungen oder gar nachhaltige Schädigungen zu vermeiden.

Das geistige Klima einer Stadt sollte auf Offenheit, Kreativität und Neugier gegründet sein und sachorientierte und kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Lebenswelt ermöglichen. Dazu braucht es einen entwickelten Bürgersinn und eine starke Demokratie, in der die Interessenskonflikte offen und nachvollziehbar ausgetragen werden und der Pluralismus als echte Bereicherung gesehen wird. Ansonsten drohen uns Verhältnisse, die der Sozialpsychologe Klaus Horn sinngemäß einmal so beschrieben hat: Wer über nichts anderes mehr zu entscheiden hat, als darüber, welche Waren er sich kauft, dem schrumpft in der Tat das Bewusstsein auf diejenige Dimension, die der Warenwelt entspricht.